Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 517. Sonntag den 9. October 1892. 86. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, den 12. October 1892, Abends 6½ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Wahl eines besoldeten Stadtrathes.
II. Bericht des Finanzausschusses über: Bildung eines Fonds aus Anlaß der Uebernahme der bei städtischen Bauarbeiten beschäftigten Personen in eigene Versicherung.
III. Bericht des Stiftungs-, Finanz- und bez. Verfassungsausschusses über den Haushaltplan für die Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg auf die Zeit vom 1. October bis 31. December 1892 und Abänderung des Haushaltplanes (über Specialconto D „Georgenhaus" auf das Jahr 1892.
IV. Bericht des Stiftungs-, Finanz-, Bau- und Oekonomieausschusses über den Neubau einer Armenbrodbäckerei und Verkauf des jetzt zur Armenbrodbäckerei benutzten Grundstücks.
V. Bericht des Bauausschusses über a. Nachbewilligung zu Conto 31 Pos. 37 des diesjährigen Haushaltplanes und Herstellung der Fußböden in einem Obergeschosse des Polizeigefängnisses, b. Umbau der Aborte der Mädchenabtheilungen der VI. Bürger- und VI. Bezirksschule.
VI. Bericht des Bau-, Oekonomie-, Finanz- und Verfassungsausschusses über Parcellirung des zwischen Carl Tauchnitz-, Grassi-, Wächter- und Ferdinand Rhodestraße gelegenen Baublocks, Aufstellung von Bauvorschriften für letzteren und Versteigerung der 4 Parcellen.

Bekanntmachung,
die Anbringung von Brandcatasternummern betreffend.

An vielen Häusern der angeschlossenen Vororte fehlen die Brandcatasternummern entweder ganz oder sind nicht in der vorschriftmäßigen Weise angebracht.

Nach §. 34 der Ausführungsverordnung zu dem Gesetze, die Landesbrandversicherungsanstalt betreffend, sind diese Nummern an dem Haupteingange des Gebäudecomplexes in sichtbarer Weise und gemäß unserer früher deshalb erlassenen Bekanntmachungen zum Unterschiede von den Hausnummern, welche über dem Eingange zu befestigen sind, **zur linken** Seite des Eingangs beziehentlich des Hauptthoreingangs anzubringen.

Alle die Hausbesitzer der angeschlossenen Vororte, an deren Grundstücken die Brandcatasternummern sich nicht in Ordnung befinden sollten, erhalten daher hierdurch Auflage,

bis längstens zum 31. December dieses Jahres

diese Nummern **in schwarzer Schrift auf weißem Grunde** bei Vermeidung einer Strafe von 10 ℳ für den Fall der Zuwiderhandlung in die vorgeschriebene Ordnung zu bringen.

Wir bemerken hierzu, daß unsere Brandassecuranzgelder-Hebestelle (Stadthaus, Obstmarkt 3, II.) angewiesen ist, auf Anfrage Auskunft über die auf die Schilder zu bringende Nummer beziehentlich Bezeichnung zu ertheilen, damit nicht aus Irrthum falsche Nummern oder Bezeichnungen angebracht werden, und weiter, daß Herr **Böhlitz** (Ritterstraße 14, hier), welcher schon früher derartige Schilder gefertigt hat, dieselben zu dem Preise von 55 ₰ das Stück zu liefern bereit ist.

Leipzig, den 6. October 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ettr.-Reg. A Nr. 70. Dr. Georgi. Herzgel.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes T. V. 5630 R. A. 5926 die Fluchtlinien der Gartenstraße in Leipzig-Anger-Crottendorf auf deren Ausdehnung von dem Kreuze der Eilenburger Bahn bis zur Kreuzung mit der Kurtstraße und der Straße IX. in einem Abstande von 23 Metern festzustellen.

Dieser Plan liegt bei unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus II. Stock Zimmer Nr. 23) vier Wochen, vom Ablaufe des Tages nach der Ausgabe der die erste Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlauf schriftlich, **unter genauer Angabe der Wohnung der Beschwerdeführer**, bei uns anzubringen.

Leipzig, den 5. October 1892.

Ic. 5285. / 1490. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Dr. Rehlich.

Bekanntmachung.

Der **Confirmanden-Unterricht** beginnt in hiesiger Parochie am **17. October.** Die Geistlichen werden die Kinder nach Seelsorger-Bezirken unterrichten und confirmiren.

Der Seelsorger-Bezirk des Pastor **Rausch** umfaßt die Vorstadt-, Chaussee-, Gemeinde-, Kapellen-, Kohlgarten-, Kronprinz-, Lilien-, Marschall-, Rathhaus-, Schul- und Burgener Straße.

Des Herrn Diakonus **Müller** die Augusten-, Charlotten-, Eichorius-, Feld-, Grenzstraße, Gerichtsweg, Heinrich-, Louisen-, untere Münster-, Rostitzstraße, Täubchenweg, Tiefe-, Wallwitz- und Zweinaundorfer Straße.

Des Herrn Diakonus Dr. **Ahner** die Albert-, Bromme-, Carolo-, Eilenburger-, Friedrich August-, Friccius-, Gutenberg-, Hohenzollern-, Hospitalstraße, Johannis-Alee, Josephinen-, Mühl-, obere Münster-, Ost-, Reitzenhainer-, Riedel-, Schwarzenberg-, Stifts-, Stötteritzer-, Victoria- und Wilhelminstraße.

Des Hilfsgeistlichen die Constantin-, Eisenbahn-, Else-, Kuchengarten-, Leipziger-, Luther-, Margarethen-, Melanchthon-, Nabeth-, Seiten-, Senefelder- und Teichert Straße.

Gymnasiasten und Realschüler werden in besonderer Abtheilung unterrichtet werden.

Sämmtliche Confirmanden werden andurch aufgefordert, **Mittwoch, den 12. October, Nachmittags 3 Uhr,** zu einer **Eröffnungsandacht** in dem Schiffe der Kirche sich einzufinden.

Eltern und Angehörige, die etwa an der Andacht theilnehmen wollen, werden gebeten, auf den Emporen Platz zu nehmen.

Leipzig-Reudnitz, am 9. October 1892.

Pfarramt St. Markus.
Ed. Rausch, Pastor.

Bekanntmachung.

Der Verkauf von Zeitungen darf auf den hiesigen Eisenbahnhöfen an Sonn- und Festtagen, jedoch mit Ausschluß des Charfreitags, der Bußtage und des Todtenfestsonntags, von Vormittag 11 Uhr bis Abends 7 Uhr betrieben werden, und wird dahin unsere Bekanntmachung vom 18. Juni d. Js. bezüglich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu A 3 abgeändert.

Leipzig, den 8. October 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 7981. Dr. Georgi. Welke.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des Bahnhofs und der Harthwaldung schön gelegen, hat billig zu verkaufen

Der Stadtrath zu Zwenkau.

Bekanntmachung.

Vorzunehmender Reinigungsarbeiten halber bleibt die Geschäftsstelle des Rathamtes

Montag, den 10. October,

für den Verkehr geschlossen.

Leipzig, am 4. October 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Freyberg.

Bekanntmachung.

Nachdem

1. die **zweite Kranken- und Begräbniß-Casse für Buchdrucker zu Leipzig** in der am 19. September stattgefundenen General-Versammlung den Beschluß gefaßt hat, auf §. 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes zu verzichten
und
2. **die Kranken- und Sterbecasse der Hutmacher** (e. H.) Sitz: **Altenburg** (S.-A.) beschlossen hat, sich am 1. October laufenden Jahres aufzulösen,

nimmt die unterzeichnete Casse hiermit Veranlassung, die Herren Arbeitgeber darauf aufmerksam zu machen, daß versicherungspflichtige Mitglieder dieser Cassen nach Vorschrift des Kranken-Versicherungsgesetzes binnen 3 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, mittelst des vorgeschriebenen Formulars zur Anmeldung zu bringen sind.

Bei Nichteinhaltung dieser Meldefrist treten die Nachtheile der §§. 50 und 81 des angezogenen Gesetzes in Kraft.

Leipzig, am 7. October 1892.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umg.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender. G.

Die Bestätigung Zelle's als Oberbürgermeister von Berlin.

Das Telegramm Kaiser Wilhelm's an den vor Kurzem gewählten Oberbürgermeister von Berlin Zelle, welches zugleich Glückwunsch und Bestätigung enthält, ist eine der wohlthuendsten Erscheinungen in unserem politischen Leben, die uns über manche Enttäuschung hinweghilft und zu der Hoffnung berechtigt, daß es auch in anderer Beziehung besser werden wird. Die zahlreichen Nichtbestätigungen städtischer Beamten, wie sie früher in Preußen Sitte waren, gehörten zu den unerquicklichsten Zeichen einer Auffassung des constitutionellen Staates, welche mit diesem in directem Widerspruch steht. Die Stadtgemeinden wurden dadurch genöthigt, nicht Den zu wählen, welchen sie für den tüchtigsten hielten, sondern einen Mann, der an maßgebender Stelle genehm war. Der Vorrath an geeigneten Persönlichkeiten reichte in der Regel aus, um auch diese Bedingung zu erfüllen, ohne das Gemeinwohl wesentlich zu schädigen, aber ein wirklich frisches freudiges Zusammenwirken der auf einander angewiesenen Kräfte ist doch nur durch freie Wahl zu erreichen ohne Nebenrücksichten auf die politische Parteistellung des Gewählten.

Es ist eine alte Streitfrage, ob bei Gemeinde-Angelegenheiten das politische Glaubensbekenntniß in Frage kommen kann, und sie ist ebenso oft bejaht wie verneint worden; wir sind jedoch der Meinung, daß ein Bürgermeister, der seine Pflichten als solcher im ganzen Sinne des Wortes erfüllen will, niemals Parteigesichtspuncte als leitende gelten lassen, sondern daß er allein das Wohl der Gemeinde, welcher er seine Dienste widmet, als Ziel verfolgen kann. Aber selbst wenn er sich zum Werkzeuge der jeweiligen Regierung machen wollte, so kann er das gar nicht, weil ihn die Stadtverordneten-Versammlung daran hindert. Die Leitung eines Stadtwesens ist eine gar schwierige und vielseitige Sache, besonders wenn so viele Interessen dabei zusammentreffen wie in der Reichshauptstadt. Es handelt sich dabei nicht allein um baupolizeiliche, um Beleuchtungs-Angelegenheiten, um Steuer-, Schul- und Kirchenfragen, um Wasserleitungs-Anlagen und Armenpflege, sondern eine große Stadt, die zugleich den Centralpunct des Reiches bildet, will nach großen allgemeinen Grundsätzen verwaltet werden, die ein harmonisches Eingreifen nach allen Richtungen hin ermöglichen, die dem Handel und Verkehr die natürlichen Wege öffnen und erleichtern, die Kunst und Wissenschaft fördern und Jedem, der in der Hauptstadt das Beste sucht, auch das Beste bietet. Wir wollen damit nicht einer Aufsaugung der Kräfte des Landes das Wort reden, wie sie in dem centralistisch organisirten Frankreich besteht, sondern wir wollen nur die Ueberzeugung ausdrücken, daß die Reichshauptstadt naturgemäß dem ganzen Reiche durch ihre Einrichtungen und Leistungen als Muster voranleuchten soll.

Wenn wir sagten, daß bei der Wahl eines städtischen Beamten allein die Tüchtigkeit den Ausschlag geben darf, so ist darin keineswegs das Zugeständniß enthalten, daß Berlin etwa einen socialdemokratischen oder einen der Centrumspartei angehörenden Bürgermeister erhalten könnte, ebensowenig wie einen ultraconservativen. Eine solche Möglichkeit ist eben bei den bestehenden Verhältnissen ausgeschlossen; die Berliner können der ganzen Entwickelung ihrer Vergangenheit gemäß nur einen liberalen Bürgermeister wählen, aber nicht wegen einer politischen Parteistellung, sondern weil die herrschenden Anschauungen der Bevölkerung in diesem Boden wurzeln. Die große Mehrzahl der Berliner ist der Dynastie mit Leib und Seele ergeben, aber sie wahrt sich trotzdem das Recht der eigenen Meinung; so waren sie schon unter den Kurfürsten geartet und so haben sie ihren oppositionellen Standpunct allen Wechselfällen der Zeit gegenüber aufrecht erhalten. Es giebt keine schärfere Kritik als die, welche der Berliner an den Maßregeln der Regierung übt — andererseits haben sie sich, wenn das Vaterland in Gefahr war, stets wetterfest erwiesen. Mit solchen Eigenschaften muß man rechnen, und das ist durch die schnelle Bestätigung der Wahl Zelle's geschehen.

Niemals blühte die Anwendung des Mittels der Nichtbestätigung städtischer Beamten üppiger als unter den Ministern Westphalen und Graf Eulenburg (nicht zu verwechseln mit dem jetzigen preußischen Ministerpräsidenten). Der schon vor einer Reihe von Jahren verstorbene Graf Eulenburg erklärte einmal im preußischen Abgeordnetenhause frank und frei, daß er nur solche Beamte befördere, von deren echter conservativer Gesinnung er Proben habe, Opposition könne er in seinem Ressort nicht dulden. Das geschah zu einer Zeit, als die sogenannte Landrathskammer versammelt war, von deren landräthlichen Mitgliedern einige Neigung zur Opposition zeigen. Bekanntlich war Landrath von Meyer-Arnswalde auch eine durchaus selbstständige Natur, der sich aus dem Grunde überhaupt keiner Parteigruppe anschloß, weil sich seine Ueberzeugungen mit keiner deckten, und dennoch waren seine Anschauungen durch und durch conservativ. Aber solche Männer waren nicht nach dem Geschmack der verflossenen Periode, in welcher unbedingte Unterwerfung unter den Willen der Regierung das erste Erforderniß für eine glatte und zu höheren Zielen führende Laufbahn war.

Die erste Grundregel des Verfassungsstaates ist, daß Niemand wegen seiner politischen Ueberzeugung in seinem Berufs- und Privatleben in Nachtheil gebracht werden soll, und dennoch ist es in dem constitutionellen Musterstaate England Sitte, daß alle einflußreichen Stellen der Staatsverwaltung ausschließlich mit Männern besetzt werden, welche der politischen Partei der Regierung angehören. Auf die Gemeindeverwaltung erstreckt sich dieser Grundsatz freilich nicht, aber in dieser Beziehung liegen die Verhältnisse in England anders als bei uns. Bei uns herrscht Stabilität, bei den Engländern ist fortwährender Wechsel in den höchsten Gemeindeämtern. Wir beneiden die Engländer um diesen Unterschied nicht und glauben, daß wir mit unseren Einrichtungen für unsere Zustände das Rechte getroffen haben.

Wenn wir den Fall Zelle als den Bruch mit der Ausnutzung des Bestätigungsrechts von Gemeindebeamten ansehen dürfen, dann begrüßen wir diese Thatsache als höchst erfreulich und Hoffnung erweckend; es wird dadurch ein Grund zur Unzufriedenheit in Preußen beseitigt und eine Stimmung erzeugt, welche der Ausgleichung bestehender Parteigegensätze günstig ist. Auch die Zurückziehung der Vorlage über das Volksschulgesetz war ein Zugeständniß an die öffentliche Meinung der breiten Schichten des liberalen Bürgerthums, von denen ja die Strahlen nach allen Richtungen hin ausgehen. Es ist eine berechtigte Forderung des Volkes, daß sich die Regierung jeder Einmischung in die der Selbstverwaltung vorbehaltenen Angelegenheiten enthält; die Sympathien für die Dynastie können dadurch nur gewinnen, während jeder Eingriff in diese Sphäre heute als eine Aeußerung des Absolutismus empfunden wird. Ein Volk, das den von ihm mit Recht beanspruchten Grad von Freiheit in der Bestimmung über seine Gemeinde-Angelegenheiten hat, wird dadurch nicht begehrlich nach Erweiterung seiner politischen Rechte, wenn es das Vertrauen zur Regierung besitzt, daß sie ihre Macht nicht auf Gebieten geltend machen wird, wo sie nicht zur Geltung gelangen darf, wie auf dem der Rechtspflege. Die politischen und noch mehr die kirchenpolitischen Tendenzprocesse sind diejenigen Mißstände, welche den Widerstand der öffentlichen Meinung am schroffsten herausfordern. In dieser Beziehung bleibt noch Vieles zu ändern und zu verbessern, aber wenn die bessernde Hand an einer besonders hervortretenden Stelle angelegt wird, wie es durch die schnelle und herzliche Bestätigung Zelle's als Oberbürgermeister von Berlin geschehen, dann ist auch Hoffnung vorhanden, daß die noch vorhandenen Klagen Abhilfe finden werden.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 8. October. An manchen Orten ist jetzt ernstlich die Rede von einem Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokraten, wenn auch noch nicht bei Reichstags-, so doch bei Landtags- und Communalwahlen in Wahlbezirken, die von der Socialdemokratie künstlich gefährdet sind. So ist angeblich unter Befürwortung des Prinzregenten, ein Zusammengehen des Centrums und der Liberalen bei den Landtagswahlen in München in Vorbereitung. Die „Germania" setzt freilich hierzu eine vornehme Miene auf; sie vergißt anscheinend, daß durch den Hochmuth und Parteihaß der Ultramontanen die beiden Reichstagsmandate von München, der Hauptstadt des katholischen Deutschland, den Socialdemokraten in die Hände gespielt worden sind, und thut das Ihrige, ähnliche traurige Resultate auch für die Landtagswahlen herbeizuführen. Indessen wird man doch abwarten müssen, ob sich die gleiche Verblendetheit auch bei den Münchener Wählern findet. Andererseits wird in mehreren, von den Socialdemokraten stark bedrohten Städten, so in Mainz, ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien bei den Communalwahlen vorbereitet. Am nöthigsten wären, aber freilich auch am schwierigsten sind solche Verständigungen bei Reichstagswahlen in den von der Socialdemokratie beherrschten oder stark bedrängten Wahlkreisen. Es giebt wohl keinen einzigen, in welchem die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesammtheit der Umsturzpartei nicht überlegen wären. Aber das Bewußtsein, daß diesem gemeinsamen Feind gegenüber alle andern Parteien die Pflicht und Aufgabe haben, zusammenzuhalten, ist freilich noch gar zu wenig zum Durchbruch gekommen, am meisten im Königreich Sachsen, das hoffentlich auch jetzt wieder mit gutem Beispiele vorangeht.

□ **Berlin,** 8. October. Die meisten socialdemokratischen Druckereien und Verlagsgeschäfte wurden während der letzten zwei Jahre von dem Vorstande der socialdemokratischen Partei aufgekauft, besonders aber dann, wenn das in der betr. Offizin erscheinende Blatt oppositionelle Anwandlungen hatte oder eine eigene Meinung vertrat. Das Hauptgeschäft, die Druckerei und der Verlag des Centralorgans „Vorwärts", aber wo gleichzeitig ein umfangreicher Broschürenhandel betrieben wird, befindet sich noch im Privatbesitz, obwohl dieses Geschäft ein sehr lucratives ist. Hier liegt aber die Sache erheblich anders als bei den übrigen Blättern. Der „Vorwärts" ist hauptsächlich mit Singer'schem Gelde gegründet worden und auch Bebel soll später eine Einlage gemacht haben. Andere Häuptlinge, wie Liebknecht, fanden in der Redaction und in der Expedition des Blattes gute Anstellung. Da das Blatt und das ganze Geschäft Privatunternehmen ist, können die Hauptmacher anstellen und entlassen wen sie wollen und Gehälter und Honorare zahlen nach ihrem Belieben. Die „nörgligen" Berliner können wohl prinzipiell an allen Einrichtungen Kritik üben, da jedoch das Geschäft Privatbesitz ist, haben sie officiell „nix zu sagen". Dieser Uebelstand soll von sogenannter radicaler Seite auf dem Parteitage zur Sprache gebracht und ein Antrag auf Expropriation des Singer-Boeting'schen Geschäfts gestellt werden. — Die Elberfelder Socialdemokraten haben sich abermals mit dem Parteitage beschäftigt. Sie wollen auf demselben dafür eintreten, daß auf dem nächsten internationalen Congreß der Parteivorstand einige Vertreter und jede Provinz nur einen Delegirten entsendet, auch soll der englische Arbeitercongreß beschickt werden, obgleich die englischen Sonderbestrebungen Tadel verdienten. Bezüglich der socialdemokratischen Genossenschaften, der Controlmarken und Boycotts behaupten die Elberfelder, daß solche nur der revolutionären proletarischen Bewegung hinderlich seien. Sie werden jedenfalls zum Parteitage den Antrag stellen, daß derselbe besonders gegen die Genossenschaften eine entschiedene ablehnende Stellung einnehmen möge. — Der in Chicago unter dem Namen „Simon Keller" verhaftete socialdemokratische Stadtverordnete, Druckerei-Director und Cassirer Häusler, der vor einigen Monaten wegen Unterschlagungen von Mannheim flüchtete, scheint sich auf seine Reise gut vorbereitet gehabt zu haben, denn er war bei seiner Verhaftung im Besitze von nicht weniger als sechs auf fremde Namen lautenden Pässen. — Im nächsten Frühjahr sollen mehrere größere Gewerkschaftscongresse stattfinden, u. A. ein allgemeiner Holzarbeiter-Congreß und ein Congreß der Nahrungsmittelindustrieller (Müller, Bäcker, Schlächter u. s. w.). Diese Congresse sollen über die Auflösung der Einzelorganisationen, beziehungsweise die Gründung von Verbänden Beschlüsse fassen. Entsprechend den auf dem Congresse der deutschen Gewerkschaften zu Halberstadt im vorigen Jahre gefaßten Beschlüssen werden voraussichtlich die meisten Gewerke Cartelverträge abschließen. Die 17 000 Mitglieder zählende Buchdrucker-Organisation hat bereits beschlossen, mit den übrigen Organisationen im graphischen Gewerbe einen Cartelvertrag abzuschließen, der mit dem 1. April 1893 in Kraft tritt. Der Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Deutschlands (16 000 Mitglieder) will sich den Beschlüssen der von der Generalcommission einberufenen Gewerkschaftscongresse fügen. Die Maurer (135 000 Mitglieder) haben auf ihrem Verbandstage den Vorstand beauftragt, bei passender Gelegenheit mit den verwandten Branchen Cartele abzuschließen. Die Holzbildhauer (3000 Mitglieder) faßten auf der Generalversammlung den Beschluß, bis zum Holzarbeitercongreß die Angelegenheit ruhen zu lassen. Die Hutmacher (3000 Mitglieder), Brauer (5000 Mitglieder), Weißgerber (1700 Mitglieder), Schiffszimmerer (1200 Mitglieder) und die Posamentenarbeiter (880 Mitglieder) haben sich für die Schließung von Cartels in den einzelnen Berufsgruppen erklärt. Die Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter (2000 Mitglieder) können nach ihrer Meinung keine Cartelverträge abschließen, weil in sämmtlichen Berufen Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Die Gewerke, welche sich bis jetzt zur Schließung von Cartelverträgen bereit erklärt haben, repräsentiren eine Gesammt-Mitgliederzahl von 60 480. Sämmtliche Organisationen zahlen aus den Verbandscassen pro Mitglied und Quartal 5 ₰ an die General-Commission in Hamburg.

* **Berlin,** 8. October. (Telegramm.) Die „Kreuzzeitung" schreibt: Von österreichischer Seite sowohl, wie aus hiesiger Quelle erfahren wir nun mit absoluter Bestimmtheit, daß der Besuch des Kaisers in Wien nicht der großen Politik gilt, sondern als Ausdruck der engen persönlichen Freundschaft zu betrachten ist, welche beide Monarchen verbindet. **Zu einer Heranziehung des Herzogs von Cumberland liegt also keinerlei Veranlassung vor, und wie wir hören, ist auch von keiner Seite eine dahingehende Anregung ausgegangen.** — Die von Zeitungen gebrachte Mittheilung, daß die Reichsuntersuchungscommission für die Frage über die Aenderung der Tabakbesteuerung zusammengetreten sei, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß das Reichsschatzamt, um über einige mit der Tabak-Besteuerung zusammenhängende Fragen sich näher zu unterrichten, mehrere anerkannte Sachverständige aus Interessentenkreisen zu einer Besprechung eingeladen, welche in einer am Dienstag abgehaltenen Conferenz die gewünschte Auskunft ertheilten.

— Mehreren Blättern wird officiös geschrieben:

„Die Nachricht, daß der Kaiser den Herzog von Cumberland in Schönbrunn empfangen werde, stellt sich als eine tendenziöse Erfindung heraus, da der Kaiser privatim und ohne Minister nach Schönbrunn kommt und man in Wien unter solchen Umständen natürlich auch keine Vermittelung für Angelegenheiten von politischer Tragweite übernehmen wird."

— In einer Betrachtung über die Militairvorlage kommen die „Hamb. Nachr." zu folgendem Schluß:

„Eine Hauptsorge des Centrums in der gegenwärtigen Situation ist die Erhaltung des Grafen Caprivi auf seinem Posten, nicht nur, weil er den Ultramontanen als ganz besonders sympathischer Staatsmann gilt, sondern weil man von seinem Sturze die Rückkehr, wenn nicht der Person, so wenigstens des Einflusses des Fürsten Bismarck befürchtet. Diese Furcht ist ohne allen Zweifel die stärkste Triebfeder in der gegenwärtigen regierungsfreundlichen Haltung des Centrums, und aus dieser Furcht heraus wird das Centrum schließlich zu Bewilligungen gelangen, die man in Anbetracht seines eigentlichen Wesens niemals hätte für möglich halten sollen. Man kann deshalb, auch ohne die Militärvorlage zu kennen, eine Verständigung zwischen dem Grafen Caprivi und dem Centrum über dieselbe für wahrscheinlich halten."

— Angesichts der an der Börse in Umlauf gesetzten Gerüchte über einen günstigen Verlauf, welchen die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland nehmen sollen, kann die „M. A." versichern, daß die seitens der Reichsregierung angestellten Erhebungen in den Kreisen des Handels und der Industrie noch gar nicht abgeschlossen sind, diese Grundlage für die Verhandlungen also fehlt. Das russische Angebot kann als solche sicherlich nicht gelten. Im Uebrigen befindet sich der mit der Leitung der diesseitigen Verhandlungen betraute Director im Reichsamt des Innern, Nieberding, augenblicklich auf Urlaub.

— Bei den fortschrittlichen Berliner Abgeordneten treten immer unerfreulichere Dinge zu Tage. Noch ist die Aufregung über das Verhalten ihres Gesinnungsgenossen Dr. Stryck nicht vorüber, so giebt schon wieder ein anderer Parteigenosse Anlaß zur Beunruhigung. Die Fraction der Linken in der Stadtverordneten-Versammlung hat nämlich, wie schon gemeldet, in ihrer letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Stadtverordneten Löwel aus der Fraction auszuschließen. Herr Löwel ist Mitglied der Brennmaterialien-Commission, deren Vorsitzender der Stadtrath Mamroth ist. Herr Löwel hatte in der letzten Sitzung der Deputation behauptet, Herr Mamroth ziehe die jüdischen Lieferanten den christlichen vor. Unter den Mitgliedern der Deputation herrschte über die Aeußerung Löwel's und namentlich über den Ton, in dem sie gefallen, Entrüstung. Stadtrath Mamroth legte den Vorsitz sofort nieder und sämmtliche Mitglieder erklärten, daß gleiche thun zu wollen, falls es nicht Herr Löwel vorzöge, aus der Deputation auszuscheiden. Herr Löwel war zum Niederlegen seines Mandats in der Deputation nicht zu bewegen, er erklärte, man habe es ja in der Hand, ihn im nächsten Jahre nicht wiederzuwählen. In der Fractionssitzung wurde die Sache von dem Stadtverordneten Gerth zur Sprache gebracht, der auch den Ausschluß Löwel's beantragte. Bei der Abstimmung erklärten sich fast alle Mitglieder der Fraction für den Ausschluß, einzelne enthielten sich der Abstimmung; bei der Gegenprobe trat Niemand für Herrn Löwel ein.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

SLUB
Wir führen Wissen.